

Volljährig mit 16

Für Flüchtlinge gelten andere Altersgrenzen als für Deutsche – das soll jetzt geändert werden

Auf dem Papier ist die "Kinderkonvention" der Vereinten Nationen ein Erfolg. 193 Länder haben das Dokument unterschrieben; kein anderer UN-Vertrag gilt in so vielen Staaten der Welt. Schöne Sätze stehen darin: Kinder dürfen ihre Religion frei wählen, sie genießen Meinungsfreiheit und haben ein Recht auf Schulbildung. Doch dass sogar Nordkoreas paranoide Staatschefs und Irans religiöse Herrscher diese UN-Konvention unterzeichnet haben, spricht nicht gerade für die politische Kraft dieses Schriftstücks.

Auch in Deutschland war die Konvention bisher eher unwichtig. Doch das könnte sich ändern. Denn die schwarz-gelbe Regierung will etwas wagen, was weder die große Koalition, noch Rot-Grün geschafft haben: Sie verspricht, dass die UN-Konvention künftig für alle Kinder im Land gilt, also auch für junge

Flüchtlinge. "Hervorragend", lobt der Kinderrechtsexperte und Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, Jörg Maywald.

Denn jahrelang hatten die Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Otto Schily (SPD) mit ihren Kollegen aus den Bundesländern auf einem juristischen Vorbehalt beharrt: Die UN-Konvention dürfe das deutsche Ausländerrecht nicht stören. Damit wollten die Politiker sicherstellen, dass sie nicht von den Vereinten Nationen gerüffelt werden, wenn sie 16-jährige Flüchtlinge abschieben – eine Praxis, die in Deutschland zwar selten geworden, aber möglich ist.

Die deutschen Innenminister wissen auch, dass ihre Ausländerpolitik in weiteren Punkten der UN-Konvention widerspricht. So gelten 16- und 17-jährige Flüchtlinge in Deutschland juris-

tisch bereits als volljährig; deshalb bekommen sie im Asylverfahren keinen Vormund, sondern müssen sich – wie Erwachsene – selbst verantworten. "Das macht mehrere tausend junge Menschen im System der Bürokratie völlig schutzlos", kritisiert Maywald. In einigen Bundesländern, zum Beispiel in Hessen, gilt für diese Jugendlichen nicht einmal Schulpflicht.

Dass Schwarz-Gelb jetzt Korrekturen ankündigt, verblüfft viele: "Ich hätte das nicht erwartet", sagt die grüne Familienpolitikerin Ekin Deligöz. Zu danken ist es vor allem den Liberalen. Miriam Gruß, in der FDP-Fraktion für Kinderrechte zuständig, setzte den Passus auf die Tagesordnung der Koalitionsverhandlungen. Und erstaunlicherweise überstand ihre Formulierung alle Gespräche, ohne zum "Prüfauftrag" degradiert zu werden. Felix Berth